

Haushaltsrede für den Doppelhaushalt 2011/2012 von Werner Schering,
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich bei Ihnen für die Zustimmung zur Verlegung der Ratssitzung um eine Woche bedanken. Vielen Dank!

Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht, aber ich hätte nicht gedacht, dass der Beginn des Jahres 2011 von soviel Unruhen und Katastrophen geprägt sein würde. Da bestätigen sich für mich doch wieder die Grundzüge grüner Politik. Wir Grüne machen Politik damit die Welt friedlicher, und die Umwelt respektiert und bewahrt wird. Dazu gehört für uns der Ausstieg aus der Atomenergie. Ich denke alle hier im Raum und die Menschen in Nörvenich nehmen Anteil am Schicksal der Menschen in Japan. Die Lehre aus dem Atomunfall kann nur sein: Ausstieg jetzt!

In den Medien und aus Berlin und aus Baden-Württemberg ist immer wieder in der Diskussion um die Atomkraft und Stuttgart 21 zu hören, die Grünen wären eine „Dagegen Partei“. Ich muss sagen damit haben die Kritiker Recht. Wir sind eine Partei, die konsequent gegen eine schlechte Politik ist, und dazu stehen wir. Um von der großen Politik auf die Gemeinde Nörvenich und den Kreis Düren zu kommen, kann ich nur sagen: Wir haben auch hier noch genügend gegen schlechte Politik zu kämpfen.

Die zentrale Frage, die der Bürgermeister in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes stellt ist :

Ist Nörvenich für die Zukunft gut gerüstet? Ich habe da so meine Zweifel!

Der demografische Wandel sollte die Gemeindegremien eigentlich schon lange beschäftigen. Das Thema ist aber noch nicht, oder nur in geringem Umfang, bei der Verwaltung und der CDU-Fraktion angekommen. Das möchte ich an einigen Beispielen verdeutlichen.

1. Beispiel ist die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, den der Rat gegen die Stimmen der Grünen im Jahr 2006 verabschiedet hatte. In diesem Flächennutzungsplan, der einen Zeitraum von 20-25 Jahren umfassen soll, wurde von Verwaltung und CDU Fraktion eine Prognose von 11,2 % Bevölkerungszuwachs für Nörvenich aufgestellt. Im Jahr 2004 wohnten in Nörvenich 11.289 Einwohner. Es zeichnete sich aber schon ein Trend von zurückgehenden Einwohnerzahlen ab. Alle Argumente der Grünen, dass die Bevölkerungsentwicklung für Nörvenich nicht so weitergehen kann, wurden im Jahr 2006 niedergestimmt. Fakt ist: Jetzt im Februar 2011 hat die Gemeinde 10830 Einwohnerinnen. Das ist ein Minus von über 4 %. Das sollte bei der Ausweisung von neuen Baugebieten berücksichtigt werden. Die Ausweisung von Bauflächen wurde auch auf Prognose des Bevölkerungszuwachses gemacht. Jetzt werden in der Gemeinde Bauflächen ausgewiesen, die nur noch wenig nachgefragt werden.

Durch die große Anzahl der ausgewiesenen Bauflächen besteht die Befürchtung, dass die vorhandenen Immobilien an Wert verlieren.

2. Beispiel Ein ähnliches Verhalten von CDU-Fraktion und Verwaltung ist bei der Schulentwicklungsplanung zu beobachten. Schon im Jahr 2008 hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Schulentwicklung und möglichen Alternativen gestellt. Die CDU-Fraktion hat den Antrag auf die lange Bank geschoben und dem Rückgang der Schülerzahlen für die Hauptschule tatenlos zugesehen.

Selbst jetzt, wo die Bezirksregierung nur eine Ausnahmegenehmigung für eine Eingangsklasse mit 10 Schülern für das Schuljahr 2010/2011 gegeben hat, will die CDU-Fraktion das Thema aussitzen. Ich sage dazu. Entweder die Gemeinde Nörvenich wirbt jetzt aktiv für eine Gemeinschaftsschule bei anderen Gemeinden oder die Hauptschule läuft dann in einigen Jahren aus. Welche Auswirkungen das auf die Attraktivität der Gemeinde hat, lässt sich jetzt noch nicht absehen. Sicher ist aber, dass potenzielle Neubürgerinnen und Bürger ihren Wohnort auch von dem Vorhandensein eines weiterführenden Schulangebotes abhängig machen werden.

3. Beispiel CDU/CSU und FDP lehnen bei einer Abstimmung im Bundestag den Grünen Gesetzentwurf gegen die Massentierhaltungen ab. Der Dürener MdB Rachel stimmt mit der CDU-Parteilinie in Berlin für die Massentierhaltung!

Die Nörvenicher CDU hätte auf ihren Bundestagsabgeordneten einwirken sollen die Resolution des Rates der Gemeinde gegen die Massentierhaltung bei der Abstimmung umzusetzen.

4. Beispiel Schnelles Internet ist für die Betriebe und auch für die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde eine wichtige Zukunftstechnologie. Alle Gemeinden im Kreis Düren haben auf eine Verkabelung mit Glasfasern gesetzt und die Mittel aus dem Konjunkturpaket und die Förderung des Kreises dafür genutzt um möglichst viele Orte daran anzubinden. Nur in der Gemeinde Nörvenich wurde diese Entwicklung vertan und auf das teilweise vorhandene Kabelnetz verwiesen. Es wurde auf die Einsicht der Anbieter gesetzt. Die Gemeinde macht sich von dem guten Willen der Anbieter abhängig. Das ist alles andere als zukunftsfähig.

Doch nun zum vorgelegten Entwurf des Doppelhaushaltes 2011/2012.

Ich kann nicht verstehen, warum die Verwaltung und der Bürgermeister in der gegenwärtigen finanziellen Lage der Gemeinde und der sich schnell verändernden Situation im Sozialbereich, erwähnt sei nur das Bildungspaket für bedürftige Kinder, einen Doppelhaushalt vorlegt. Besonderes Unverständnis habe ich, weil 2011 turnusmäßig eine Haushaltsprüfung der Gemeindeprüfungsanstalt stattfindet. Die Ergebnisse und Hinweise sollten dann, nach meiner Meinung, in den neuen Haushaltsplanentwurf 2012 einfließen.

Die Verwaltung scheint keine großen Hoffnungen in die Prüfung und deren Ergebnisse zu setzen, sonst würde sie keinen Doppelhaushalt vorlegen..

Zumindest hätte es die Verwaltung leicht gehabt das Leid, das in diesem vorgelegtem Doppelhaushalt liegt, zu teilen, indem sie nur für das Jahr 2011 einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt hätte.

In seiner Rede zur Haushaltseinbringung hat der Bürgermeister die zurückgehenden Schlüsselzuweisungen des Landes angeprangert. Ich zitiere den Bürgermeister. „Nun hat nach Aussage des Landes Nordrhein-Westfalen die Arbeit der so genannten Ifo-Kommission ergeben, dass die Grunddaten im Gemeindefinanzierungs-

gesetz dringend aktualisierungsbedürftig sind. Das gilt insbesondere für die Gewichtung des Soziallastenansatzes. Sie ahnen schon, was jetzt kommt: Solche Umgewichtungen wirken sich gar nicht oder nur selten positiv für ländliche Gemeinden, wie die Gemeinde Nörvenich, aus.

Es ergibt sich wieder einmal ein enormes Umverteilungsvolumen in den kreisfreien Raum (Ruhrgebiet usw.).“

Er verschweigt bei dieser Darstellung aber, dass die letzte „Grunddatenanpassung“ im Rahmen des GFG 2003 (auf der Grundlage von statistischen Daten des Jahres 1999!) erfolgt ist. Aktualisierungen der Datengrundlagen sind nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs NRW durchzuführen, wenn wegen neuer Erkenntnisse eine Korrektur notwendig wird. Die Entwicklungen in den letzten zehn Jahren, insbesondere im Bereich der Soziallasten hätten deshalb eine Aktualisierung der Grunddaten längst erforderlich gemacht; turnusmäßig hätte sie bereits mit dem GFG 2008 erfolgen sollen. Dass Korrekturen vor allem beim Soziallastenansatz erforderlich sind, war bereits der alten Landesregierung bekannt. Sie hat es aber vermieden, rechtzeitig zu handeln und der rot-grünen Landesregierung einen verfassungswidrigen Zustand hinterlassen, gegen den aus Recklinghausen ja auch bereits geklagt wird. Es gibt daher seitens der Landesregierung keine Rechtfertigung, mit der Anpassung noch länger zu warten, zumal dann weitere Klagen zu erwarten wären. Wichtig ist festzustellen, dass der nun vorliegende Gesetzentwurf das Ergebnis statistischer Berechnungen auf aktuellen Datengrundlagen ist und nicht das Ergebnis politischer Einflussnahmen, wie in der Aussage des Bürgermeisters unterstellt wird.

Es fällt schon auf: Bei allen Haushalten der letzten Jahre ist der Ansatz der Jahresfehlbedarfe mehr als doppelt so hoch wie nach der Ergebnisabrechnung.

Jahresfehlbedarfe der letzten Jahre:

	<u>Planung</u>	<u>Ergebnis</u>
2007	-1 737 200 €	- 478 029 €
2008	-1 715 010 €	+ 272 368 €
2009	-2 470 919 €	-1 271 100 €
2010	-4 408 930 €	-2 544 200 €

Ich frage mich? Was wird in der Verwaltung getan, um die Planung näher an die wirklichen Ausgaben zu bringen und welches Ziel verfolgt die Verwaltung mit einem so hohen geplanten Jahresfehlbedarf. Soll der Gestaltungswille der Politik mit dem riesigen Defizit in den Haushaltsansätzen zur Strecke gebracht werden? Zur Information: Wir müssen für alle Vorschläge und Initiativen eine Finanzierungsmöglichkeit vorlegen. Das geht in der Regel nur mit Streichungen an anderer Stelle. Daher sind die politischen Gestaltungsmöglichkeiten recht gering.

Thema Schulden: Die Verwaltung und die CDU-Fraktion haben sich in den letzten Jahren immer gelobt, dass der Schuldenstand kontinuierlich sinkt. Das ist auch richtig, wenn man die Kassenkredite, die ja auch kurzfristige Schulden sind, ignoriert. Der Schuldenstand 2011 beträgt 8,5 Millionen Euro, die höchste Inanspruchnahme von Kassenkrediten könnte in 2011 13 und in 2012 19 Millionen € betragen. Wenn die Altschulden und die Kassenkredite der letzten Jahre zusammengezählt werden, wird eine deutliche Erhöhung, fast eine Verdoppelung des Schuldenstandes der Gemeinde sichtbar.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Kassenkredite werden sich die in den nächsten Jahren befürchteten steigenden Zinsen dramatisch auf die finanzielle Lage der Gemeinde auswirken.

Deswegen kann es ein „Weiter so“ nicht geben. Die Gemeinde muss alle Möglichkeiten der Ausgabenreduzierung und der Einnahmenerhöhung durchführen.

Am Ende des Jahres 2010 betrug die allgemeine Rücklage der Gemeinde Nörvenich, die auch das Eigenkapital bedeutet, 27.771.603,71 €. Im vorgelegten HSK 2011-2016 würde nach der Planung im Jahr 2016 die bilanzielle Überschuldung eintreten. Das sollte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Wenn das nicht geschafft würde, dann müsste von der Kommunalaufsicht ein Sparkommissar eingesetzt werden, der rigoros in Gemeindeangelegenheiten eingreifen würde. Das wäre das Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Das kann doch keiner wollen!

Sparbemühungen müssen auf allen Ebenen der Parlamente und Verwaltungsebenen umgesetzt werden. Allen Fachleuten ist klar, dass mit schlichtem Sparen allein das Problem nicht zu lösen ist - eine Kombination von Sparmaßnahmen, Effizienzsteigerungen und Einnahmeverbesserungen und das auf allen Ebenen ist notwendig.

Fange ich doch mal bei der Bundesregierung an:

Statt erneut von Steuersenkungen, für meist Besserverdienende zu reden, sollte die schwarz-gelbe Bundesregierung endlich die Soziallasten in einem erheblichen Umfang übernehmen und sich nicht der Verantwortung für die Kommunen entziehen. Es kann nicht sein, dass die Lasten die in Berlin beschlossen werden, zum großen Teil auf die Kommunen und Kreise abgewälzt werden. Zum Beispiel bei der Hartz 4 Gesetzgebung, die U3 Betreuung und das Recht auf einen Kindergartenplatz. Es muss das Konnexitätsprinzip eingehalten werden. Nach dem Konnexitätsprinzip muss der beauftragende Gesetzgeber als Verursacher für den finanziellen Ausgleich der von ihm aufgetragenen Aufgaben sorgen.

Im Bundeshaushalt steckt ein gewaltiges Sparpotenzial. Nur zwei kleine Beispiele wie die Bundesregierung selber ganz einfach sparen könnte.

Die Bundeswehrreform sollte auch zu Einsparungen im Verteidigungshaushalt führen.

Die Zahl der Staatssekretäre war der schwarz-gelben Opposition immer zu hoch. Aber selber in Regierungsverantwortung wurde die Zahl nicht verringert, sondern erhöht.

Land NRW und Bundesländer insgesamt: Die Verwaltungsmodernisierung in den Landesbehörden muss konsequent weitergeführt und umgesetzt werden. Weitere Einsparungen könnten durch die Zusammenlegung von Bundesländern erreicht werden. Auch könnten und sollten bestimmte Aufgaben bundeseinheitlich geregelt werden. Zum Beispiel die Schul- und Studienpolitik. Damit könnten bei 16 Kultusministerien große Einsparungen erzielt werden. Weiter wäre es sinnvoll im Umwelt- und Lebensmittelkontrollbereich eine bundeseinheitliche Gesetzgebung umzusetzen und damit Kosten in der Verwaltung einzusparen.

Die Rückstellungen für die West LB sollten erst dann erfolgen, wenn sie gebraucht werden.

Kreis Düren: Es ist ja klar, dass der Bürgermeister als Repräsentant der CDU nicht gegen seine Parteifreunde in Düren, die dort seit langen Jahren das Sagen haben und ständig die Kreisumlage erhöhen, Stellung bezieht. Wenn man sich die Ent-

wicklung der Kreisumlage in den letzten Jahren ansieht, weiß man, wo ein großer Teil der Einnahmen der Gemeinde bleibt.

Nur ein kleines Beispiel des unterschiedlichen Umgangs mit dem Geld beim Kreis und in der Gemeinde Nörvenich. Seit Jahren funktioniert die Mikrofonanlage in der Neffeltalhalle nicht mehr richtig. Für eine Erneuerung müssten 20.000€ investiert werden. Seit Jahren wird das von der Politik in Nörvenich als zu teuer angesehen. Im Kreis wäre eine solche Investition kein Thema. In den Sitzungssälen des Kreises sind die Mikrofonanlagen alle auf dem neusten Stand, nämlich drahtlos.

Zum guten Schluss die Gemeinde Nörvenich : In seiner Rede zur Haushaltseinbringung sprach der Bürgermeister davon „Wir müssen bei allen Überlegungen die Menschen mitnehmen auf dem Weg zu einer zukunftssträchtigen Gemeinde.“ Das ist im Prinzip richtig, aber es können nicht nur die Bürgerinnen und Bürger gefordert werden, wenn es um Einsparungen und „Reformen“ geht. Das Wort Reform kann doch kein Mensch mehr hören. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Sitzungen der Gemeindegremien ist ja eher bescheiden. Darüber sollte sich die Politik Gedanken machen.

Vorweg will ich betonen, auch bei allen SpARBEMÜHUNGEN des Rates und der Verwaltung, ohne Hilfe von Kreis, Land und Bund ist ein Haushaltsausgleich auch auf absehbare Zeit nicht aus eigener Kraft zu schaffen.

Der Kennzahlenvergleich sagt eigentlich schon alles aus.

	<u>2009</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
Die Steuerquote steigt von	43,31%	45,92%	47,64%
Die Zuwendungsquote sinkt	27,64%	21,96%	21,01%
Die Personalintensität sinkt	19,42%	18,46%	18,28%
Sach- und Dienstleistungsintensität	15,25%	16,65%	15,46%
Die Transferaufwandsquote	35,98%	37,79%	40,25%
Die Zinslastquote steigt.	4,31%	4,30%	5,17%

Trotz allem will ich einzelne Vorschläge für Haushaltsplanveränderungen ausführen.

Die beiden Sparmaßnahmen, die der Bürgermeister und die Verwaltung vorschlagen, unterstützen wir, weil der Gemeinde nichts anders übrig bleibt.

Verbesserung bei den Einnahmen

Erhöhung der Grundsteuer B auf 413 %	+36.000,00 €
Eine Erhöhung Hundesteuer um 20 % und somit jährliche Mehrerträge von rd.	+14.000,00 €
Wir unterstützen auch die Bemühungen der Verwaltung ein aktives Gebäudemanagement anzustreben, das die bislang oft über mehrere Ämter verstreuten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die gemeindlichen Gebäude zusammenfasst und die ökonomische Nutzung des Immobilienbesitzes in den Vordergrund rückt. Davon erhoffen wir uns langfristig Einsparungen von	+20 000 € im Jahr.
Benutzungsgebühren bzw. Mieten bei zurzeit noch kostenloser Nutzung kommunaler Sportstätten einführen	
Sporthalle Eschweiler über Feld	+4.160 € pro Jahr
Sporthalle Nörvenich	+5.280 € pro Jahr

Eine maßvolle Erhöhung der Friedhofsgebühren
nach Vorgaben der Kommunalaufsicht
und der Gemeindeprüfungsanstalt. +10 000 €

macht in der Summe +89 440 €

Verringerung der Ausgaben

Wir würden die Anzahl der Ausschüsse verringern
und sie somit arbeitsfähiger und preiswerter machen. - 2000 €
Bei den Ortsvorsteherstunden würden wir auch nach den
Vorschlägen des Bürgermeisters Einsparungen vornehmen ca. -20 000 €
Einstellung der freiwilligen Busbegleitung
pro Jahr -16.000 €
Bei der Unterhaltung Gemeindefstraßen würden wir weniger ansetzen, -100 000 €
Die Verschleißdecke Josefstr. Eschweiler ü. Feld
würden wir zurückstellen -95 000 €
Summe 253 000 €

**Das Ergebnis unserer Vorschläge wären insgesamt 342 440 €
weniger Schulden für den Gemeindehaushalt.**

Wir unterstützen die Vorschläge des Bürgermeisters zu den Verbesserungen im
HSK.

Das sind Maßnahmen, die sich noch nicht direkt auswirken bzw. jetzt umgesetzt
werden können, aber in den nächsten Jahren wirken könnten:

Verkauf des Sportplatzes in Frauwüllesheim insgesamt 350 000 €

Zusätzlich Streichung der Instandsetzung asphaltierter Wirtschaftswege 50 000 €

Weiterhin sollten Zuschüsse an Sportvereine stärker von deren
Sportangebot, Mitgliederstruktur und finanzieller Leistungsfähigkeit
abhängig gemacht werden. Mit den Einsparungen könnte z.B. die Tafel unterstützt
werden.

Zum Ende meiner Rede möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
der Verwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr
bedanken.

Besonders möchte ich mich, auch in diesem Jahr, bei den vielen ehrenamtlichen
Helferinnen und Helfer, die in sozialen Einrichtungen und Vereinen in der Gemeinde
aktiv sind, bedanken.

Werner Gehering